

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neukirch und Umgegend

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Kreisgerichts und des Hauptamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda behördlich bestemmte Blatt

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich Max, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postcheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Abonnementpreise: Neben Wertung ebenfalls für den folgenden Tag. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: frei ins Haus postmonatlich 1,20, beim Abholen in der Geschäftsstelle monatlich 50 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonntags- und Sonntagsnummer 15 Pfg.)

Rechtsprechung Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise (in Reichsmark): Die 44 mm breite einpaltige Millimeterzeile 10 Pfg., örtliche Anzeigen 8 Pfg., am Tagteufel die 90 mm breite Millimeterzeile 30 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 53

Dienstag, den 3. März 1931.

86. Jahrgang

Tageschau.

- Der sächsische Ministerpräsident Schied weist heute in Berlin, wo er eine Unterredung mit dem Reichskanzler über die Einbeziehung der sächsischen Oberfinanz in die Osthilfe haben wird.
- Der frühere Reichsbaupräsident Dr. Schacht ist in Stockholm eingetroffen. Im Gespräch mit Pressevertretern machte er Ausführungen über die gegenwärtige Lage der Reparationspolitik und die deutsch-französischen Beziehungen.
- Gegen die Stahlhelmführer Selbte und Düsterberg ist auf Anordnung des Generalstaatsanwalts in Berlin wegen eines Auftrags in der Stahlhelmszeitung ein Ermittlungsverfahren auf Grund des Republikshuhngesetzes eingeleitet worden.
- Die volksparteiliche Reichstagsfraktion hat im Reichstag einen Verfassungsänderungsantrag eingebracht. Verlangt wird hauptsächlich die Herabsetzung des Wahlalters auf 25 Jahre und die Herstellung einer Personalunion zwischen Reich und Preußen in der Person des Reichspräsidenten.
- Der Reichstag begann am Montag die Aussprache zum Haushalt des Reichsinnenministeriums. Innenminister Dr. Wirth wird erst am Dienstag das Wort nehmen.
- In der Stadt Mexiko brach in der Nacht zum Montag in einem alten Theatergebäude während der Vorstellung ein Brand aus. In der durchgehenden Panik wurden 14 Personen getötet und 20 verletzt.

*) Ausführliches an anderer Stelle.

Schwierige Verhandlungen über den Wehretat.

Die Auswirkung der braunschweigischen Wahl. — Um den Panzerkreuzer B. — Ein gemeinsamer Ausschuss der Deutschnationalen und Nationalsozialisten.

Berlin, 3. März. (Eig. Meldg.) Im Reichstag sieht man in dem Verlauf der gestrigen Besprechung, in der es dem Kanzler noch nicht möglich war, die Stellungnahme der Sozialdemokraten zu klären, eine Erleichterung der parlamentarischen Situation. Es handelt sich dabei vor allem um die Rate für das Panzerschiff B. In der vorigen Woche hatte man auf Grund früherer Besprechungen in Regierungskreisen noch den Eindruck, daß auch der Wehretat keine wesentlichen Schwierigkeiten mehr machen würde. Diese Auffassung wurde auch durch den bekannten Vorkaufsartikel des Reichstagsabgeordneten Dittmann bestätigt, der unumwunden erklärte hatte, daß die Sozialdemokratie ihre Hauptaufgabe in der Verteidigung des Staates gegen den Nationalsozialismus sehe und sich von dieser großen Linie ihrer Politik nicht durch den Streit um Einzelheiten abbringen lassen werde.

Nun hat sich die Stimmung der Fraktion unter dem ersten Eindruck der braunschweigischen Wahlen offenbar geändert, da die Hauptgewinner nicht die Nationalsozialisten, sondern die Kommunisten sind. In sozialdemokratischen Kreisen glaubt man wohl, daß diese Situation bei der weiteren Taktik berücksichtigt werden muß. Aus der Tatsache, daß die Besprechungen heute weiter gehen, schließt man in unferrierten Kreisen, daß man doch an eine Verständigung glaubt. Sie liegt nach Ansicht unferrieter Kreise vielleicht auf dem Gebiete gewisser Gegenleistungen auf sozialem Gebiete. Auch die Annahme des sozialdemokratischen Gefrierfleischartikels, mit der auch in der Vollziehung des Reichstages allgemein gerechnet wird, könnte die Lage erleichtern helfen.

Dagegen wird in Kreisen der Regierungsparteien jetzt unter keinen Umständen mehr damit geredet, daß die Rechtsopposition in den Reichstag zurückkehrt. Zu der Mitteilung der beiden Parteien über ihre gemeinsame Sitzung verurteilt übrigens noch, daß ein Ausschuss gebildet wurde, der die Aufgabe hat, das taktische Zusammengehen beider Parteien für die Zukunft zu sichern. Daraus schließt man im Reichstag, daß die Deutschnationalen sich von der Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit der Regierung noch weiter entfernt haben, so daß auf der anderen Seite die Notwendigkeit einer Verständigung mit der Sozialdemokratie noch zwingender hervortritt. Die Verhandlungen werden freilich als recht schwierig beurteilt. Weder der Reichswehrminister noch der Kanzler ist zu einer Steigerung der Schiffsrate bereit, und wenn es gelingt, mit den sozialdemokratischen Führern zu einer Verständigung zu kommen, so bleibt schließlich immer noch die Frage offen, ob sie sich in ihrer Fraktion durchzusetzen vermögen.

Verfassungsänderungsantrag der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 2. März. Die volksparteiliche Reichstagsfraktion hat heute im Reichstage einen Antrag eingebracht, der den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Reichsverfassung enthält. Darin wird in erster Linie die Herabsetzung des Wahlalters von 21 auf 25 Jahre, ferner die Herstellung einer Personalunion zwischen Reich und Preußen in der Person des Reichspräsidenten verlangt, der zugleich Oberhaupt des Landes Preußen werden soll. Schließlich wird vorgeschlagen, daß der Reichstag künftig vom Reichspräsidenten einberufen und geschlossen werden soll. Soweit die Personalunion mit Preußen in Betracht kommt, soll alles Nähere durch ein preussisches Landesgesetz und eventuell durch ein Reichsgesetz geregelt werden.

Dieser Antrag ist eines der Ergebnisse der wochenlangen Vorbereitungen, die in dem von der volksparteilichen Fraktion eingesetzten besonderen Ausschuss für die Verfassungsreform und die Reichsreform geleistet worden sind. Damit ist jedoch die Arbeit dieses besonderen Ausschusses keineswegs beendet, sondern er wird weitere Vorschläge zur Verfassungs- und Reichsreform ausarbeiten. Für den April ist eine Vorstandsitzung der Deutschen Volkspartei in Aussicht genommen, auf der ein Aktionsprogramm der Partei beraten werden soll, das in erster Linie diese Reformvorschlüge enthalten wird. Man ist sich in volksparteilichen Kreisen darüber klar, daß der heute eingebrachte Antrag im Augenblick keine Aussicht hat, im Reichstage die erforderliche

Zweidrittelmehrheit zu finden, aber die Fraktion erachtet es als dringend notwendig, für dieses wichtige Gebiet der innerpolitischen Reformmaßnahmen alle Möglichkeiten schon jetzt gründlich vorzubereiten und durch entsprechende Anträge den Weg zu ebnen, der bei einer künftigen Verwirklichung derartiger Reformen beschritten werden muß, auch wenn es sich dabei um den außerparlamentarischen Weg handeln sollte.

Schied verlangt Osthilfe für die Lausitz.

Dresden, 3. März. Ministerpräsident Schied ist Dienstag früh nach Berlin abgereist zu einer Unterredung mit dem Reichskanzler. Dabei wird der Ministerpräsident die Wünsche der sächsischen Regierung auf Einbeziehung der sächsischen Lausitz in die Osthilfe mit allem Nachdruck vertreten. Die Aussichten für eine Bewirklichung der sächsischen Wünsche werden zwar in Berliner politischen Kreisen ungünstig beurteilt, aber der sächsische Ministerpräsident wird dem Kanzler gegenüber mit allem Nachdruck betonen, daß es für Sachsen unerträglich ist, wenn Mecklenburg und Brandenburg in die Osthilfe einbezogen werden, aber Ostfragen davon ausgeschlossen bleiben soll. Am Donnerstag werden die bereits angekündigten Unterredungen der Vertreter der sächsischen Industrie mit den zuständigen Ressorts der Reichsregierung im Reichswirtschaftsministerium stattfinden. Am Freitag wird sich eine Konferenz beim Reichskanzler anschließen, in der voraussichtlich über die stärkere Berücksichtigung der sächsischen Industrie bei der Vergebung von Reichsaufträgen und über alle damit zusammenhängenden wirtschaftlichen Fragen Beschlüsse gefaßt werden wird.

Dr. Schacht in Stockholm.

Auffehenerregende Erklärung über die Tributfrage.

Dr. Schacht ist in Stockholm eingetroffen und wird morgen auf Einladung der deutsch-schwedischen Gesellschaft über die moralische und wirtschaftliche Weltkrise sprechen. Der schwedischen Pressevertretern erklärte heute Schacht u. a.: Deutschland kann die Reparationen unmöglich bezahlen, wenn es keine Möglichkeiten hat, zu verdienen. Außer den Grundstücken hat man Deutschland fast alles weggenommen. Wenn die früheren Feindstaaten keine Bernunft zeigten, würde Deutschland zum Konkurs gezwungen. Auf die Frage nach der Zusammenarbeit Deutschlands und Frankreichs antwortete Schacht, diese Zusammenarbeit habe sich bisher darauf beschränkt, daß Deutschland alljährlich an Frankreich eine Milliarde bezahlen mußte. Das erste, was nötig sei, um Deutschland wieder in die Höhe kommen zu lassen, sei eine Rückgabe der Kolonien, was um so leichter geschehen könnte, da die Gegenseite übermäßigen Kolonialbesitz habe und mit dem deutschen Kolonialbesitz nichts Rechtes anzufangen wisse. Auf die Frage, was er tun würde, wenn er Diktator in Deutschland wäre, antwortete Schacht, daß er u. a. durch geeignete Maßnahmen die Produktion der Landwirtschaft steigern und industrielle Unternehmungen in landwirtschaftliche Gegenden verlegen würde. Die Arbeitslosigkeit müsse zunächst behoben werden. Keine Auslandsanleihe dürfe mehr aufgenommen werden. Die Kapitalbildung müsse aus eigener Kraft erfolgen.

Auf die Frage, was er tun würde mit den Reparationen, wenn er Diktator wäre, antwortete Schacht: Morgen früh um 8 Uhr würde ich aufhören, einen Pfennig zu zahlen.

Ermittlungsverfahren gegen Selbte und Düsterberg.

Halle, 2. März. (Eigene Meldung.) Der Generalstaatsanwalt in Berlin hat, wie soeben bekannt wird, gegen die Bundesführer des Stahlhelms, Selbte und Düsterberg, auf Grund des § 5 Absatz 1 des Republikshuhngesetzes in Verbindung mit § 20 des Reichspressgesetzes wegen des Auftrages in der Stahlhelmszeitung Nr. 2 ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Der am 18. Januar erschienene Aufruf war die Einladung zum Volksbegehren.

Es handelt sich um einen Satz in einem Aufruf, der zum 18. Januar von Selbte und Düsterberg erlassen worden ist und der lautet:

„Kameraden! Seit 18 Jahren lebt das deutsche Volk im undeutschen Zwischenreich des bismarckfeindlichen Marxismus. Diesem Zwischenreich, das die völkischen,

Die SPD. und die Braunschweiger Wahlen

Berlin, 3. März. (Eigene Meldung.) Der sozialdemokratische „Vorwärts“ stellt in seiner Spätausgabe vom Montag fest, daß sich „die Sozialdemokraten im allgemeinen gut behauptet“ hätten. Zu dieser Erklärung fügt sich das Blatt seinen Lesern gegenüber verpflichtet. Aber wer die betrübten Gesichter der sozialdemokratischen Abgeordneten am Montagmorgen in der Wandelhalle des Reichstages sah, der wußte sofort, daß man in maßgebenden sozialdemokratischen Kreisen über das Braunschweiger Wahlergebnis sehr betrübt ist. Nun bleibt im Reichstag nur wenig übrig, auch wenn es hinter verschlossenen Türen und nur unter Parteifollegen verhandelt wurde. Man weiß bereits, worüber sich die sozialdemokratischen Abgeordneten sehr lebhaft gestritten haben, nämlich um die Frage, ob die SPD. es sich noch weiterhin leisten kann, die Regierung Brüning zu unterstützen. Ein großer Flügel der Partei will nichts mehr von Brüning wissen, weil er befürchtet, das könnte eines Tages auch die Machtstellung in Preußen kosten. Schließlich befürchtet man im sozialdemokratischen Lager, daß doch über kurz oder lang die Preußenwahlen kommen und daß diese eine so schwere Niederlage für die Sozialdemokraten bedeuten könnten, daß die SPD. sich nicht mehr von diesem Schlag erholt. Die Arbeiterbewegung merkt sich, wie man in sozialdemokratischen Kreisen jetzt feststellt, doch recht genau, wenn die sozialdemokratischen Führer dauernd das Gegenteil von dem machen, was sie ihren Wählermassen versprochen hatten. Man ist jetzt bei der SPD. doch in bezug auf den Wehretat und den Sozialetat viel vorsichtiger geworden, weil man eingesehen hat, daß man durch die Unterstützung der Regierung Brüning zu viel riskiert. In den nächsten Tagen wird sich schon zeigen, ob die Sozialdemokraten aus den Braunschweiger Wahlen die Folgerungen gezogen haben oder nicht. Vielleicht entscheidet sich jetzt auch bald das Schicksal der Regierung Brüning, die ja von den Sozialdemokraten abhängt. Zieht sich die SPD. von der Regierung zurück, dann wird die Neuwahlfrage auch im Reich akut, allerdings würde Brüning wohl zunächst für eine Vertagung des Reichstages sorgen und erst Ende des Sommers Neuwahlen ausschreiben, weil die Regierung dann auf besseres Wahlwetter hofft. Die Sozialdemokraten überlegen gegenwärtig, ob es nicht unter Umständen besser ist, möglichst bald zu wählen als später. Dabei sind zwei verschiedene Auffassungen maßgebend. Die einen glauben, die wirtschaftliche Lage werde sich bessern, die Arbeitslosigkeit zurückgehen, so daß bessere Ergebnisse für die Parteien der Mitte zu verzeichnen sein werden, die andere Meinung geht aber dahin, die Wirtschaftslage würde sich nicht bessern und die Schwierigkeiten wirtschaftlicher und finanzieller Art würden noch größer werden, so daß es zweckmäßiger sei, schon so bald wie möglich zu wählen.

aus dem norddeutschen Grenzgebiet. Dieser Bericht aus dem Grenzgebiet.

Der Förderer vom Grenzgebiet. Roman aus Dresdens Bergengebiet von Regina Berthold